

mitarbeiten 04/2022

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung 2022



Kommunale Demokratie neu denken

Vor dem Hintergrund multipler Krisen und gesellschaftlicher Herausforderungen hat das diesjährige »Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung« im September 2022 an drei Tagen die Zukunft der kommunalen Demokratie in den Mittelpunkt gerückt. Die Tagung der Stiftung Mitarbeit führte Akteure aus Bürgerschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft in Bonn zusammen, um gemeinsam über neue lokale Handlungsansätze und Projekte für einen übergreifenden demokratischen Austausch vor Ort zu diskutieren.

Katja Dörner, die Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn, würdigte in ihrem Eröffnungsvortrag die Rolle der Stiftung Mitarbeit als »Mutmacherin« in Sachen Bürgerbeteiligung. Die Bonner Leitlinien Bürgerbeteiligung sind vor zehn Jahren von Bonner Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Politik und Verwaltung erarbeitet worden, den dialogischen Prozess hat die Stiftung moderiert und fachlich begleitet. Die seinerzeit verabschiedeten Regeln mitsamt ihren Qualitätskriterien seien als »lernendes System« unverändert »topaktuell« und ein wichtiges Fundament der Bürgerbeteiligung in der

Bundesstadt. Frau Dörner skizzierte in ihrem Vortrag vielfältige kommunale Handlungsfelder, in denen Bürgerbeteiligung in Bonn nicht mehr wegzudenken sei. Insbesondere auf dem Weg Bonns zur kinderfreundlichen Kommune oder beim anstehenden transformativen Umbau der Stadtgesellschaft habe Bürgerbeteiligung als »Innovationsfaktor« herausragende Bedeutung. Doch nicht allein die rechtliche Verankerung von Bürgerbeteiligung – etwa in Form von Beteiligungsleitlinien oder -sätzen – entscheide über den Erfolg von kommunaler Bürgerbeteiligung. Ebenso wichtig für die Akzeptanz im Alltag sei die betei-

gungsoffene Haltung von Entscheidungsträger/innen in Verwaltung und Politik, so Frau Dörner.

In Dorsten, einer Kommune im nördlichen Ruhrgebiet mit 75.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, gibt es seit einiger Zeit einen breiten politischen Konsens zur Weiterentwicklung von Bürgerengagement und Beteiligung. In seinem Tagungsbeitrag schildert Bürgermeister Tobias Stockhoff, was die »Bürgerkommune Dorsten« ausmacht und wieso es wichtig ist, den begonnenen kommunalen Dialog zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik gewinnbringend für alle beteiligten Gruppen zu gestalten. Er ist überzeugt: Gut gemachte Bürgerbeteiligung ist ein sich selbst stärkendes System, wenn Vorteile und positive Entwicklungen für die Menschen vor Ort sichtbar werden.

Zivilgesellschaftliche Akteure können mit Engagement, Kreativität und Prozessintelligenz wichtige Impulse für die Stadtentwicklung geben. Die Zusammenarbeit mit diesen Stadtmacher/innen ist für Stadtverwaltungen und Kommunalpolitik jedoch vielerorts immer noch Neuland. Doch die großen Herausforderungen von Klimawandel, Strukturwandel der Innenstädte oder Verkehrswende erzeugen auch Offenheit für neue Lösungen. In Experimenten werden derzeit in vielen Städten ungewohnte Formen der Zusammenarbeit erprobt, die jenseits der traditionellen Formen des Top-down und Bottom-up liegen. Stephan Willinger, Wissenschaftler am Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), zeigte während der Tagung, welche Instrumente zur Etablierung einer kooperativen Stadt zur Verfügung stehen und wie sie erfolgreich in der Praxis umgesetzt werden können.

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

»Kommunale ...«

Über ein Bürgerbudget können die Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune gemeinwohlorientierte Projekte in eigener Verantwortung umsetzen. Als Alternative zu eher unverbindlichen Bürgerhaushalten verfügen Bürgerbudgets über feste Finanzmittel, über deren Verwendung die Bürgerinnen und Bürger vor Ort direkt mitentscheiden können. In Brandenburg liegt das Budget in Gemeinden beispielsweise zwischen 15.000 und 100.000 Euro. Die brandenburgische Kreisstadt Eberswalde sammelt seit einigen Jahren Erfahrungen mit dem Modell. Lars Stepniak-Bockelmann ist für das Eberswalder Bürgerbudget verantwortlich und hat das Verfahren während des diesjährigen Forums exemplarisch vorgestellt.

Seit 2019 fördert das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen mit einem Programmvolumen von insgesamt 820 Millionen Euro die Modellprojekte Smart Cities. Insgesamt 73 Städte, Kreise, Gemeinden oder Regionalverbände erarbeiten und erproben bis zum Jahr 2030 verschiedene Smart-City-Maßnahmen. Gemäß der Smart City Charta ist es für teilnehmende Städte und Kommunen grundlegend, dass sie neue digitale Informations- und Vernetzungstechnologien im Sinne einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung in den Dienst der Einwohner/innen stellen. Die Stadt Berlin hat sich das Ziel gesetzt, gemeinsam mit der ganzen Stadt eine Strategie zu entwickeln, wie die Smart City Berlin gelingen kann. Dazu wurde das CityLAB Berlin von der Senatskanzlei mit der Aufgabe betraut, einen Beteiligungsprozess zu konzipieren, an dem sich Einwohner/innen, Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft sowie alle weiteren relevanten Stakeholder beteiligen können. Anne Kruse hat in einer Tagungswerkstatt das Berliner Verfahren und seine verschiedenen Bausteine vorgestellt.

Die ausführliche Dokumentation der Tagung im Netz unter www.mitarbeit.de/veranstaltungen/rueckblick/forum_fuer_demokratie_und_buergerbeteiligung

Buchreihe »Alle im Boot!? Demokratie braucht alle Menschen«

Alle im Boot?!

Wie schaffen wir es, Menschen in Beteiligungsprozesse einzubeziehen, die wir über die gängigen Kommunikationskanäle und mit den »üblichen« Angeboten nicht gewinnen können? Wie lassen sich Menschen erreichen, denen die Beteiligung nicht »nahe liegt« und die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der neuen Buchreihe »Alle im Boot!? Demokratie braucht alle Menschen«. Im vorliegenden ersten Band geht es um die Frage, wie wir Zugänge zu und für schwer erreichbare Menschen erschließen können und wie ein Austausch möglich wird.

Es kommen doch immer nur die gleichen: Dieser Satz beschreibt ein Dilemma, vor dem Bürgerbeteiligung in Deutschland allzu häufig steht. Denn in der Tat zeigt die Erfahrung, dass Bürgerbeteiligung häufig nur von bestimmten Gruppen der Gesellschaft genutzt wird, zum Beispiel von denen, die ihre Meinung besonders lautstark und eloquent vertreten können. Im Hinblick auf die Responsivität des politischen Systems und den Grundsatz der politischen Gleichheit ist es jedoch wichtig, dass möglichst viele unterschiedliche Menschen und Akteure unserer Gesellschaft in den demokratischen Diskurs eingebunden sind, um gemeinsam gute Lösungsvorschläge für anstehende gesellschaftliche Aufgaben und Herausforderungen zu finden. Diesem Anspruch muss sich auch die Bürgerbeteiligung stellen. Bürgerbeteiligung muss offen für alle sein, wenn sie ihrem demokratischen Auftrag gerecht werden will. Wird sie nur von einigen wenigen privilegierten Gruppen genutzt, gehen die gefundenen Lösungen in der Regel an den Bedarfen und Bedürfnissen derjenigen vorbei, deren Stimmen im Prozess nicht oder nur eingeschränkt gehört wurden.

Wie es im Alltag der Beteiligungspraxis vor Ort gelingen kann, diejenigen Menschen zu erreichen und in Beteiligungsprozesse einzubeziehen, die über die gängigen Kommunikationskanäle und mit den »üblichen« Angeboten nicht erreicht werden, zeigt die vorliegende Publikation.

Wie lässt sich milieuübergreifende Beteiligung gestalten? Wie gelingen Nachbargespräche? Wie können Migrantinnen und Migranten als gleichberechtigte Akteure in die Stadtteilarbeit eingebunden werden? Welche Rolle spielen aufsuchende Losverfahren? Die vorgestellten Beteiligungsansätze veranschaulichen verschiedene Formen der Ansprache, sie machen Mut, kreative Wege zu gehen, um möglichst viele Menschen für Beteiligung zu gewinnen. Die Praxisbeispiele illustrieren die vielfältigen Möglichkeiten, um mit schwer erreichbaren Zielgruppen Kontakt aufzunehmen und Zugangshemmnisse zu überwinden.

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Zugänge erschließen, Austausch ermöglichen. Bd. 1 der Buchreihe »Alle im Boot!? Demokratie braucht alle Menschen«, Bonn 2021, Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 54, 92 S., ISBN 978-3-941143-45-6, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Bürgerbeteiligung in ländlichen Räumen

Wie lassen sich Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum ermutigen, lokale Demokratie mitzugestalten? Welche kommunalen Beteiligungsangebote werden genutzt, was können Politik und Verwaltung tun, welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt eines aktuellen Themenschwerpunkts des von der Stiftung Mitarbeit initiierten Netzwerks Bürgerbeteiligung. In zahlreichen Beiträgen setzen sich Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem aktuellen Stand der Bürgerbeteiligung in ländlichen Räumen auseinander.

Welche Erfahrungen machen Kleinstädte in ländlichen Räumen mit Bürgerbeteiligung? Christian Höcke und Duncan Barahona stellen in ihrem Beitrag ein Modellvorhaben vor, welches zurzeit vom Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) durchgeführt wird und die Beteiligungspraxis zur Stadtentwicklung in Kleinstädten untersucht. Dabei wird deutlich, dass bei der Realisierung von Beteiligung insbesondere Verwaltungen in kleinen Städten angesichts knapper perso-

demografischen Wandels zu korrigieren und das Vertrauen der breiten Bevölkerung in Innovationsprozesse wiederzugewinnen, wird in einem Forschungsprojekt in der Region Barnim-Uckermark wissenschaftlich untersucht. Heike Walk, Professorin für »Transformation Governance« an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, stellt in ihrem Beitrag das Projekt, die realisierten Beteiligungsformate und die gewonnenen Erkenntnisse vor und erklärt, welche Zielgruppen hierbei wie aktiviert und unterstützt werden müssen.

Die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern in ländlichen Räumen unterscheidet sich in der Regel von städtischen Partizipationsansätzen. Der direkte Draht zu Bürgermeisterin oder Gemeinderat, traditionelle Nachbarschaftshilfe,

der Tanzabend im Gemeindesaal, der Stammtisch im Gasthaus – auf dem Land ist das soziale Gefüge kleinteiliger, weniger anonym, gut eingespielt. Doch nicht selten führt diese Vertrautheit in Prozessen der Bürgerbeteiligung dazu, dass nur diejenigen Menschen einbezogen werden, die ohnehin über die notwendigen Zugänge verfügen – viele andere bleiben außen vor. Der Moderator und Prozessgestalter

Wolfgang Fänderl stellt im Rahmen des Themenschwerpunkts die sogenannte »Synergieberatung« vor, die Beteiligung in ländlichen Räumen auf eine breitere Basis stellen soll. Hierbei handelt es sich um einen partizipativen Ansatz, der versucht, die verschiedenen in einer Kom-



Netzwerk Bürgerbeteiligung

mune bestehenden Blickwinkel, Interessen und Kräfte von Beginn an einzubeziehen und zu verknüpfen.

Wie können in einer Kommune möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden? Was lässt sich vor Ort tun gegen Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit? Und welche Rolle spielt Bürgerbeteiligung dabei? Stefan Huber und Inga Döbel, Wissenschaftler am Institut für kommunale Planung und Entwicklung an der Fachhochschule Erfurt, berichten in ihrem Beitrag am Beispiel Thüringens von einem partizipativen Ansatz, mit dem sich freie Träger und die jeweilige Kommunalverwaltung im Rahmen der Integrierten Sozialplanung austauschen. Ziel ist es, verschiedene Beteiligungsinstrumente gemeinsam zu erleben und zu erproben, einen Dialog über Praxiserfahrungen zu ermöglichen sowie die Teilhabe von weiteren Akteursgruppen sicherzustellen.

Im Rahmen des Projektes »Dorf. Zukunft.Digital« (DZD) erproben derzeit 30 Dörfer im Kreis Höxter bedarfsgerechte digitale Anwendungen. Die am Projekt beteiligten Dorfgemeinschaften wollen ihre Heimat selbstorganisiert gestalten. Um dies zu erreichen, nutzen sie eine Mischung aus analogen und digitalen Methoden. Im Kern geht es dabei immer um gesellschaftliche Teilhabe und die Frage, wie die Menschen vor Ort in Zukunft miteinander leben wollen. Heidrun Wuttke, DZD-Projektleiterin, berichtet in ihrem Beitrag über die konkreten Handlungsansätze in der östlichsten Stadt Nordrhein-Westfalens.

Alle Beiträge der Autorinnen und Autoren im Netz unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de



© Florian Wenzel

neller und finanzieller Ressourcen besonders große Herausforderungen zu bewältigen haben. Aus Sicht der Autoren ist es gerade dort wichtig, die Kräfte zu bündeln, die ressortübergreifende Zusammenarbeit zu stärken und »Stadtentwicklung als einen gemeinsamen Prozess zu begreifen«.

Welche Beteiligungsformate geeignet sind, um in ländlichen Räumen die negativen Folgen des



Online-Seminar · 11. Februar 2023, 10.00–13.00 Uhr

Digitalisierung im Verein

In der Pandemie waren viele zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine gezwungen, ihre interne Kommunikation und Entscheidungen in die Digitale Welt zu verlegen. Das entsprechende Bundesgesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie ermöglichte es auch Vereinen, deren Satzung Online-Verfahren nicht vorsehen, Mitgliederversammlungen und Abstimmungen für einen begrenzten Zeitraum virtuell durchführen zu können. Nach dem Abklingen der Pandemie stellt sich nun die Frage, was es braucht, damit Mitgliederversammlungen auch weiterhin virtuell abgehalten werden können.

Dabei stellen sich vereins- und datenschutzrechtliche Fragen, auf die während der Veranstaltung eingegangen werden soll. Inhalt des Online-Seminars (11. Februar 2023, 10:00–13:00 Uhr) ist die Klärung von Satzungs Voraussetzungen und rechtlichen Anforderungen an virtuelle Mitgliederversammlungen. Das Seminar gibt überdies viele praktische Tipps zur Durchführung von virtuellen Versammlungen, Wahlen und Abstimmungen – auch in Kombination mit analogen Ergänzungen.

Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Online-Veranstaltungsreihe: Auf dem Weg in eine zukunftsorientierte Demokratie

Deutschland befindet sich in weitreichenden Veränderungsprozessen. Die Folgen der Pandemie, die Klimakrise, die Digitalisierung und wachsende soziale Ungleichheit stellen die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Die Partizipation möglichst vieler Menschen an politischen Entscheidungsprozessen ist deshalb wichtiger denn je. Zu wissen, wie Bürgerbeteiligung funktioniert, ist eine Schlüsselkompetenz zur Stärkung demokratischer Gesellschaften und ein zentraler Baustein hin zu demokratischer und gesellschaftlicher Innovation. Doch was heißt das konkret?

Eine siebenteilige Online-Veranstaltungsreihe widmet sich den

Themenschwerpunkten »Demokratie braucht alle Menschen«, »Demokratie braucht neue Formen der Zusammenarbeit« und »Demokratie braucht Dialog«. Die Online-Reihe startet im März 2023. Die genauen Termine werden wie das Programm rechtzeitig bekanntgegeben. Das Angebot wendet sich an Interessierte aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Veranstaltungsreihe ist eine Kooperation zwischen der Stiftung Mitarbeit und der Allianz für Beteiligung e. V.

Nähere Informationen bei Jakob Maetzel (maetzel@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Starthilfeförderung 2023

Die Stiftung Mitarbeit vergibt jedes Jahr Starthilfeszuschüsse an kleinere lokale Organisationen mit geringen eigenen finanziellen und personellen Ressourcen sowie an neue Initiativen und junge Vereine, die in den Bereichen Demokratie, Politik, Soziales, Bildung jenseits von Schule, Kultur und Umwelt innovativ tätig sind. Wesentlich ist, dass beispielhaft aufgezeigt wird, wie Zusammenschlüsse von Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mitbestimmen und mitgestalten können. Mit der Starthilfeförderung will die Stiftung Mitarbeit Men-

schen ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen. Dabei steht die Förderung von Aktionen und Initiativen im kommunalen Raum im Vordergrund. Über die Bewilligung der Starthilfe entscheidet ein Gremium der Stiftung Mitarbeit mehrmals im Jahr. Antragsfristen für Starthilfeanträge im Jahr 2023 sind der 27. Februar, 19. Juni und 23. Oktober.

Nähere Informationen bei Corinna Asendorf (asendorf@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Workshops & Qualifizierungen

Bestellseminare 2023

Die Stiftung Mitarbeit berät und unterstützt Initiativen, NGOs, Verbände und Projektgruppen in Startphasen und Veränderungsprozessen und vermittelt Schlüsselkompetenzen. Um die verschiedenen Akteure auf kommunaler Ebene bei der Stärkung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement zu qualifizieren, bietet die Stiftung Mitarbeit neben den allgemein ausgeschrieben Seminaren auch sog. »Bestellseminare« an, die speziell auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten sind. Die Inhalte sowie die Dauer des Seminars werden dabei den jeweiligen Interessen, Ansprüchen und Erfordernissen der anfragenden Gruppe angepasst. Darüber hinaus können Sie sich an uns wenden, wenn Sie auf der Suche nach Moderator/innen oder Referent/innen sind, nach einer Organisationsberatung oder Prozessbegleitung zu Themen rund um das freiwillige Engagement und Fragen der Bürgerbeteiligung. Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Am Kurpark 6
53177 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24–0
Telefax (02 28) 6 04 24–22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel
(Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Prof. Dr. Angelika Vetter
(Vorsitzende)

Konto: Volksbank Köln-Bonn eG
IBAN DE89 3806 0186 2010 5400 14
BIC GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird gefördert vom Bundesministerium des Innern und für Heimat.